

II - 2655 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1426/J

1987 -12- 17

A N F R A G E

der Abgeordneten Geyer und Freunde

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend 25 Mrd. für neue Straßenbauten

Offensichtlich durch den Druck der Bauwirtschaft, welche nicht mehr ausreichende Finanzierungsmittel für den zukünftigen Straßenbau sieht, hat Bundesminister Graf vor einigen Wochen öffentlich erklärt, mit Vranizky und Lacina sei akkordiert, zusätzlich zur ASFINAG und zusätzlich zur budgetären Finanzierung des Straßenbaues 25 Mrd. außerbudgetär, was immer das heißen mag, aufzunehmen, um weitere Straßenbauvorhaben zu beginnen.

Tatsache ist, daß durch die außerbudgetären Vorhaben der letzten Jahre, insbesondere durch die ASFINAG das Straßenbaubudget zunehmend durch Rückzahlungen in Anspruch genommen wird. Weiters bedingt ein laufend wachsendes Straßennetz, zunehmend höhere Erhaltungsausgaben.

Nun ist diese Bundesregierung angetreten, das Budget zu sanieren und hat bei Pensionisten, Studenten, Schulen bzw. in der verstaatlichten Industrie teilweise deutliche Einsparungsmaßnahmen gesetzt bzw. angekündigt. So mutet es außerordentlich merkwürdig an, daß ausgerechnet im vergleichsweise beschäftigungsextensiven Autobahn- und Straßenbau ein neuer außerbudgetärer Investitionsschub von 25 Mrd. getätigt werden soll.

Durch eine solche Maßnahme würde das zukünftige Budget enorm belastet werden, abgesehen vom Unverständnis benachteiligter Bevölkerungsgruppen, Verkehrsplanern und Umweltschützern, welche zunehmende Investitionen in den Autoverkehr in ihrer Sinnhaftigkeit bezweifeln. Auch ein Konzept Neue Bahn wird durch eine weitere Forcierung des Autoverkehrs sicherlich benachteiligt.

Deswegen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A N F R A G E :

1. Der Verkehrsminister hat eine Generalkompetenz für Verkehrsplanung. Waren Sie in die Entscheidung über das 25-Milliarden-Paket eingebunden, bzw. werden Sie in diese Verhandlungen miteinbezogen sein?

2. Wie stehen Sie generell zu dem Wunsch, angesichts einer Politik der Priorität für den schienengebundenen Verkehr ein derartiges Investitionsvolumen für zusätzliche Straßenbauten freizumachen?
3. Glauben Sie nicht, daß eine weitere Beschleunigung des Autoverkehrs durch Autobahnen eine relative Wettbewerbsverschlechterung des Verkehrsträgers Schiene darstellt?
4. Haben Sie Untersuchungen bzw. präzise Unterlagen um die Dringlichkeit und die verkehrspolitische Notwendigkeit der von Minister Graf beantragten Straßenbauprojekte qualifiziert entscheiden zu können? Sind Sie bereit, diese den Parlamentariern zur Verfügung zu stellen?